

Hochkonjunktur für Schuldnerberatung

Diakonie stellt Jahresbericht vor – Existenzsicherung

GIESSEN (egs). Die Zeichen der Zeit gehen auch am Diakonischen Werk Gießen nicht vorbei. Im Bereich der Schuldnerberatung herrscht wieder Hochkonjunktur, erläuterte Holger Claes, Leiter des Diakonischen Werkes, anlässlich der Vorstellung des Jahresberichtes 2011.

Die Sprechstunden seien nach wie vor überlaufen, die Oberkante sei längst erreicht. Man habe einen hohen Bedarf am Ausbau der Beratungsarbeit. Das Ansteigen der Arbeitslosenzahl mit geringer Arbeitslosenhilfe führe zum Schuldenanstieg, den die Betroffenen allein nicht mehr beherrschen könnten. Die Menschen suchten dann Rat und Hilfe. Vermehrt habe sich der Arbeitsaufwand durch die gesetzliche Einführung des Pfändungsschutzkontos. Es sei sehr bedauerlich, dass es im Ostkreis des Landkreises Gießen keine Beratungsstelle gebe. Diese Ratsuchenden würden in Gießen mitversorgt. Derzeit hat man zwei Beratungsstellen in Gießen, die Hauptstelle in der Gartenstraße und die Außenstelle im Wilhelm Liebknecht-Haus für den Stadtteil West. Fünf Berater bei 3,7 Personalstellen und eine Verwaltungskraft seien beschäftigt. Man wünsche sich noch eine halbe Stelle in Grünberg und eine halbe Stelle in der Gartenstraße.

Werner Ruppel-Sinn, Bereichsleiter Schuldnerberatung, ging auf den Jahres-

bericht im Einzelnen ein, unterstützt von Dagmar Lenz Schuldnerberaterin. Die Arbeit sei vielfältig. Neben der regelmäßigen jahrelangen Schuldnerbegleitung betreue man auch die Betroffenen, die Insolvenzantrag stellen müssten. 833 Menschen hätten 2011 die Beratung in Anspruch genommen. Die Geschlechterverteilung sei ausgeglichen wie im Bundesdurchschnitt. Das Reallohniveau sei gesunken. Nicht mehr nur Hartz IV-Bezieher suchten Rat. Auch Arbeitnehmer und Selbstständige benötigten Hilfe. Bei den niedrigen Einkommen sei an Schuldentilgung oft nicht zu denken, denn das Einkommen reiche meist gerade für die Existenzsicherung aus. Das Pfändungsschutzkonto habe zu einer erheblichen Arbeitssteigerung geführt.

Die Justiz sei entlastet worden, dafür hätten die Beratungsstellen jetzt mehr Arbeit. 2011 habe man schon diesbezüglich 267 Bescheinigungen ausstellen müssen; neben zusätzlichen Beratungen hierzu. Man habe sich entschlossen, diese Arbeit aus sozialen Gründen zu übernehmen. Man wolle in diesem sensiblen Bereich nicht politisch argumentieren, sondern habe den Menschen im Blick und hier die Priorität gesetzt. Damit seien die Kapazitäten voll ausgeschöpft. Derzeit müsse ein Hilfesuchender vier Monate auf seinen Termin warten. Leider sei die Zusammenarbeit zwischen den Stellen nicht optimal. Versuche ein Hilfesuchender beim Amtsgericht einen Beratungsschein zu erhalten, mit dem er zu einem Rechtsanwalt gehen könne, lehne das Gericht das ab, weil es dafür in Gießen zwei Beratungsstellen gebe.

Der Betroffene müsse sich dann beim Diakonischen Werk eine Bescheinigung über die lange Wartezeit für eine Beratung holen. Mit Vorlage dieser Bescheinigung erhält der Betroffene den Beratungshilfeschein. Das bedeute für sie wieder mehr Arbeitsaufwand. Da das Gericht mittlerweile die Situation in der Beratungsstelle kenne, sei es nicht verständlich, dass man immer wieder eine Bescheinigung über die lange Wartezeit verlange.

Fotos: Grothe -Schneider



Werner Ruppel-Sinn



Dagmar Lenz